

erscheint wöchentlich  
einmal: Freitags.  
Anzeigen: Die fünfspaltige  
Zeitung 40 Pf.  
Für die Ortsvereine 10 Pf.  
Im Abonnement nach  
Uebereinkunft.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreisliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 27

Berlin, den 4. Juli 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt  
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223,  
Geldsendungen an W. Zielke, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt  
Königsstadt, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Der Rückgang der Sozialdemokratie. — 1. Kongreß des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen. — Bei Philipp sehen wir uns wieder! — Zur Beendigung des Färberstreiks in Aresfeld. — Rundschau: Eine Neuregelung der Steuerleistung bei Arbeitslosigkeit. Die Neutralität der freien Gewerkschaften. Höherer Bildungssinn! Die Befriedigung der organisierten christlichen Arbeiter. — Feuilleton: Wohnungskunst und Möbelbau im Altiertum. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Großenbain. Kempfen. — An alle Ortsverbände und Ortsvereine! — Lohnbewegung. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

## Der Rückgang der Sozialdemokratie.

In einer unserer letzten Nummern brachten wir bereits eine Notiz über den Rückgang der Sozialdemokratie. In letzter Zeit haben sich nun eine Reihe von maßgebenden Zeitungen mit dieser immerhin auffallenden Erscheinung beschäftigt. Auch auf den Kreis- und Bezirkskonferenzen der sozialdemokratischen Wahlvereine wurden überall Klagen über den Mitglieder- und Abonnentenschwund der Presse geführt. So wurden auf den Kreiskonferenzen der Baukreise Reuß und München-Gladbach Klagen laut, daß die Ergebnisse der letzten Jahre unbefriedigend sind, die Arbeit müsse nur von wenigen Genossen bewältigt werden. Auch das Parteiorgan sei nicht vorwärts gekommen. Bei der Besprechung dieser Mängel brachte man zum Ausdruck: Um den Kreis „Vorwärts“ zu bringen, müsse mehr Kleinarbeit geleistet werden, den „Papierkrieger“ (lästigen Genossen) müsse man zu Leibe rücken. Einen ähnlichen Ratschlag brachte die Magdeburger „Volksstimme“ und eine Reihe von anderen sozialdemokratischen Zeitungen. Es scheint demnach doch nicht bloß eine vorübergehende Erscheinung zu sein, wie der „Vorwärts“ behauptet, sondern es scheint ein tieferer Grund vorzuliegen.

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt hierüber auch nachstehenden beherzigenwertigen Artikel:

### Der „innere Feind“.

Auf der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin mußte die auffallende Tatsache festgestellt werden, daß zum ersten Male ein ziemlich beträchtlicher Rückgang in der Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Organisation eingetreten ist. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist um 2010 zurückgegangen. Wenn dafür auch die weiblichen Parteimitglieder sich um 1039 vermehrt haben, so bleibt doch ein Rückgang der Gesamtmitgliederzahl von 971 bestehen.

Der Rückgang in der Mitgliederzahl gewinnt erst dadurch seine eigentliche Bedeutung, daß er in eine Zeit fällt, in der von der sozialdemokratischen Organisation ungeheure Summen für Agitationszwecke ausgegeben worden sind. Dazu boten auch die für die Partei sehr günstig verlaufenen Reichstags- und Landtagswahlen eine ausgezeichnete Gelegenheit für die Propaganda, und die ständig fortschreitende Industrialisierung der Berliner Vororte hätte gleichfalls einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern erwarten lassen. Nimmt man noch hinzu, daß in den sozialdemokratischen Wahlvereinen viele „Papierkrieger“ sind, — Mitglieder, die nur auf dem Papier stehen, aber ihren Beitragspflichten nicht nachkommen — so gewinnt der Mitgliederverlust eine Bedeutung, die weit über das bloß Zahlenmäßige hinausgeht.

Noch bedenkllicher ist der Stand der Klassenverhältnisse. Obwohl gerade bei Wahlen die Opferfreudigkeit in allen Parteien am größten ist, schließt die Masse der Groß-Berliner sozialdemokratischen Organisation mit einem gewaltigen Defizit ab. Der Kassierer Boeske bemerkte in seinem Berichte:

„Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die gute alte Zeit vorüber ist, wo bei den Wahlen die freiwilligen Spenden reichlich flossen. Früher herrschte in Fabriken und Werkstätten, in Gesangvereinen, Regellubs, Sparvereinen, Rauchklubs usw. ein lobenswerter Wettstreit, um der Partei durch freiwillige Sammlungen Mittel zuzuführen. Nur einzelne Vereine und Fabriken sind diesem Brauch treu geblieben. Im allgemeinen haben die freiwilligen Spenden keine Anhänger mehr.“

Auffallend groß ist vor allem der Rückgang der „Vorwärts“-Abonnenten. Schon vor einigen Wochen teilte der Parteisekretär Wels in einer Mitglieder-versammlung mit, daß der „Vorwärts“ Taufende von Abonnenten verloren habe. Inzwischen scheint der Rückgang noch größer geworden zu sein, denn die Zahlen werden nicht mehr angegeben. Stadthagen, eines der einflussreichsten Mitglieder der „Vorwärts“-Redaktion, klagte darüber, daß er von der zuständigen Stelle nichts über die Bewegung der Abonnentenzahl erfahren konnte. Dabei wird für den „Vorwärts“ in einer Weise agitiert, die oft hart an Terrorismus grenzt. Wir bekommen fortwährend Zuschriften von Berliner Arbeitern, die bitter darüber klagen, daß sie durch die sozialdemokratische Mehrheit der Arbeiter in ihren Wertstätten mit allen Mitteln gezwungen werden, den „Vorwärts“ zu abonnieren.

In der Generalversammlung wurde viel hin und her darüber geredet, welche Ursachen wohl der Rückgang an Mitgliedern, Abonnenten und Geld haben möge. Redakteur Weber meinte, es liege daran, daß die bürgerlichen Parteien zum Angriff gegen die Sozialdemokratie übergegangen sind, daß die Regierung Millionen für die nationale Jugendbewegung opfert und daß die Unternehmer gelbe Gewerkschaften gründen. Eine merkwürdige Begründung! Die Zeit des Sozialistengesetzes, wo jeder Sozialdemokrat der schärfsten Verfolgung ausgesetzt war, hat der Partei zu einem gewaltigen Aufschwung verholfen. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung haben früher die Sozialdemokratie weit schärfer bekämpft als jetzt, und dennoch ist der Partei dieser Kampf sehr gut bekommen. Heute dagegen ist in Groß-Berlin der Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein nicht nur völlig ungefährlich, sondern in Arbeiterkreisen gilt er geradezu als eine gesellschaftliche Pflicht, und der Verfolgung durch die eigenen Arbeitsgenossen sind zurzeit am meisten diejenigen Arbeiter ausgesetzt, die aus ihrer politischen Überzeugung heraus den Anschluß an eine Partei ablehnen, mit deren Zielen sie innerlich nicht einverstanden sind. Was könnte also bei überzeugten Sozialdemokraten die Feindschaft von Regierung, Unternehmern und bürgerlichen Parteien ausrichten? Wenn jetzt der Millionenpartei so viele Mitglieder wieder den Rücken kehren, so müssen andere Ursachen vorliegen.

Vielnecht sagte am Freitag im Reichstag, der innere Feind stecke schon in der Armee selber. Das Wort kann man auch auf die Sozialdemokratie anwenden. Eine Partei, die lauter überzeugte, opferfreudige Mitglieder hat, könnte durch Angriffe von außen nur gestärkt, nicht geschwächt werden. Wie sieht es aber heute mit vielen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei aus? Wie kommen viele von ihnen in den Wahlverein? Die Kollegen in der Werkstatt erklären dem Arbeitsgenossen einfach, wenn er Wert darauf lege, als anständiger Arbeiter betrachtet und behandelt zu werden, müsse er sich dem Wahlverein anschließen und den „Vorwärts“ abonnieren. Da hilft kein Widerstreben, der Wien muß. Bei der Pressung zum Parteimitglied braucht gar kein „Terrorismus“ im schlimmsten Sinne des Wortes ausgelbt zu werden. Schon die gesellschaftliche Achtung der Kollegen, mit denen man täglich zusammen arbeitet, können nur ganz rückgratfeste Männer ertragen. Der Wahlverein hat ein neues Mitglied, aber zugleich auch einen inneren Feind. Bei solchen Zwangsmitteln kann natürlich von Opferfreudigkeit keine Rede sein. Zudem sind ihre Zwangsbeträge schon so hoch, daß sie schwer genug daran zu knabbern haben. Die Knebelung der Gestinnungsfreiheit jedoch, der sie in vielen Wertstätten wehrlos ausgesetzt sind, macht sie zu stillen, aber um so erbitterteren Feinden der Partei. Wenn dann die Versuchung an sie herantritt, durch den Beitritt zu „gelben“ Werkvereinen wirtschaftliche Vorteile zu erreichen, so sind sie — dadurch erklärt sich zum großen Teil das rapide Anwachsen dieser unerfreulichen Gebilde — nur zu schnell dabei, auch wenn sie ihrer ganzen Gestinnung nach unparteilichen feindlichen Bestrebungen dieser Werkzeuge des Unternehmertums abgeneigt sind. Bietet sich ihnen doch hier eine Gelegenheit, dem viel

schlimmeren Gewissenszwang der sozialdemokratischen Vertrauensmänner in der Werkstatt zu entfliehen. So untergraben die Zwangsmittel der inneren Bestand der sozialdemokratischen Organisation und so besorgen die Parteifanatiker mit ihrer terroristischen Agitationsmethode die Geschäfte der Feinde der Arbeiterschaft. Unabhängige Zeitungen aber, die diesen Sachverhalt gerade aus ihrer ehrlichen Arbeiterfreundlichkeit heraus offen schildern, werden von der sozialdemokratischen Parteipresse, die hier lediglich für ihren eigenen gefährdeten Abonnentenstand schreibt, als „arbeiterfeindlich“ gebrandmarkt!

Die ersten Früchte dieser von uns schon oft gezeigten terroristischen Praxis haben sich jetzt gezeigt. Vielleicht lernt die Sozialdemokratie daraus und besinnt sich einer größeren Achtung vor der freien Überzeugung des Arbeiters. Das wäre auch im Interesse der allgemeinen politischen Entwicklung zu wünschen, denn die Scharfmacher und Reaktionsäre sind schon dabei, aus dem Rückgang der sozialdemokratischen Organisation Kapital für ihre dunklen Zwecke zu schlagen.

Vorstehender Artikel der „Berliner Volkszeitung“ scheint doch eine unliebsame Empfindung in der Redaktion des „Vorwärts“ hervorgerufen zu haben. Er verjagt in einem längeren Artikel die Wirkung dieses Berichtes der Volkszeitung abzuschwächen. Er bringt zum Ausdruck, daß an dem Mitglieder-rückgang und dem Abonnentenschwund die große Arbeitslosigkeit Schuld sei, auch begründet er denselben mit der großen Wahlbewegung. Letzterer Grund scheint uns am allerwenigsten stichhaltig zu sein. Des Besseren haben wir auf die große Opferfreudigkeit in der sozialdemokratischen Partei hingewiesen, und diese zeigt sich in erhöhtem Maße bei Wahlkämpfen. Hieraus den Mitglieder-schwund zu resultieren, ist daher mehr als gewagt. Im weiteren ist der „Vorwärts“ verärgert, daß die bürgerlichen Blätter über den Terrorismus der Sozialdemokratie berichten. „O Du heilige Unschuld“. Wir als Gewerksvereiner können wohl in dieser Beziehung mit genügend Material aufwarten, wie unsere Kollegen leider nur zu oft unter der Unduldsamkeit dieser „unschuldigen Genossen“ zu leiden haben. Auch die Frechheit und Unverschämtheit dieser Freiheitshelben läßt nichts zu wünschen übrig, wie nachstehender Vorfall beweist:

Bei der letzten Landtagswahl in Berlin hatte einer unser älteren Kollegen einem Fortschrittler seine Stimme gegeben. Andern Tags darauf kommt nun so ein nach Recht und Freiheit dürstender sozialdemokratischer Vertrauensmann, und fragt unsern Kollegen, ob er sich bei Abgabe seiner Stimme nicht geirrt hätte, denn er hätte doch liberal gewählt. Darob belehrt, daß er es ihm nur überlassen solle, wen er wählen will, stellte dieser „brave Genosse“ unsern Kollegen die Zumutung, bei der bevorstehenden Stichwahl dem Wahllast doch fern zu bleiben? So geschehen im Jahre 1913. Wenn in diesem Falle unser Kollege in gerechter Entrüstung über solche dreiste Zumutung diesen Genossen etwas unanständig die Treppe herunter befördert hätte, wer wollte es ihm verargen. Ja, das sind Ausnahmen, wird man schlagfertig antworten. Wir aber wissen, was wir von diesen Ausnahmen zu halten haben, die wir fast täglich zu spüren bekommen. Aber aller Zwang hat auch einmal seine Grenzen. Und es ist wohl keine vorübergehende Erscheinung, daß sich die Massen nach und nach versuchen von diesem Druck zu befreien. Solange die Partei klein war, da hieß es wohl, ja, wir können mit unserer Ansicht nicht durchdringen, weil wir zu schwach sind. Es kann ja für eine Partei keine leichtere Stellung geben, als sich fortwährend in der Opposition zu befinden. Sie wird stets einen großen Anhang auf ihrer Seite finden. Mit dem Moment, wo die Massen erstarken, wo man 110 Abgeordnete in den Reichstag sendet, hat die sehr oft fruchtlose Opposition nicht mehr den Wert, man fängt an einzusehen, daß die Sozialdemokratie auch nur mit Wasser kocht. Aus den großen Massen entstehen immer mehr denkende Menschen. Das ist ein durchaus natürlicher Vorgang, der bei jedem Parteitag mehr oder weniger in die Erscheinung tritt. Man läßt sich heute nicht mehr so am Gängelbände führen. Man kann es auch verstehen, wenn die denkenden „Genossen“ den sozialdemokratischen Zeitungen ihr berechtigtes Mit-



trauen entgegen bringen, und ihre Zuflucht zur bürgerlichen Presse nehmen, denn ihnen ist faßlich die Parole der Sozialdemokratie bekannt: „Wer nicht pariert, der fliegt.“ Unsere Kollegen aber sollen aus diesen Vorgängen ihre Lehre ziehen und immer mehr versuchen, das Feld mit Erfolg zu bearbeiten.

### 1. Kongreß des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen.

Der im vorigen Jahre unter der hervorragenden Mitwirkung von Vertretern der Deutschen Gewerksvereine ins Leben gerufene Gesamtverband Deutscher Krankenkassen hielt seinen 1. Kongreß in der Zeit vom 22.—24. Juni in Essen ab. Die Gegner dieses Verbandes hatten eine schwache Beteiligung vorausgesagt, aber diese Prophezeiung ging nicht in Erfüllung.

Der große Krupp-Saal im Städtischen Saalbau, welcher für den Kongreß von der Stadt zur Verfügung gestellt war, füllte die Teilnehmer kaum. Weit über 400 Delegierte waren erschienen.

Die Tagesordnung enthielt neben den geschäftlichen Angelegenheiten u. a. Referate über: „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten“ und zu den Kassenangestellten“ das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung.

Die Verhandlungen wurden geleitet vom Reichstagsabgeordneten Behrens und Architekten Posthagen; als Protokollführer fungierte unser Verbandsredakteur Kollege Lewin. Der Vorsitzende gab zuerst einen kurzen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Verbandes, der ja kaum auf eine etwa halbjährige Arbeit zurückblicken kann. Der Verband steht auf nationalem und neutralen Boden, jedes politische Parteigetriebe soll aus ihm ferngehalten werden. Es haben sich bereits 200 Kassen mit einer halben Million Mitgliedern dem Verbandsangehörigen. Dieser Erfolg ist umso höher zu bemessen, da wir uns jetzt durch die Reichsversicherungsordnung in einer Uebergangsperiode befinden. Als Verbandsorgan wird herausgegeben „Die Krankenversicherung“, Nummer 12 ist bereits erschienen. Die geschäftliche Ausdehnung nimmt von Tag zu Tag zu und ist ein schnelles Wachstum zu hoffen.

Ueber das Streitverfahren der Krankenversicherung referierte Stadtrat Dr. Frankenberg. Der Redner behandelte diesen trockenen Stoff sehr gewissenhaft. Vor allen Dingen war der Aufbau des Referats ein vorzüglicher, so daß am Schluß desselben der Antrag gestellt wurde, daselbe im Druck erscheinen zu lassen; dieses wurde auch für die andern Referate zugesagt. Ueber das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten referierte Justizrat Rechtsanwält Fuld aus Mainz. Auch dieses Referat fand bei der ausgezeichneten Rednergabe des Referenten und bei der gemachten Handhabung dieses schwierigen Stoffes lebhaften Beifall. Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Kassenangestellten behandelte der Reichstagsabgeordnete Weder; auch seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Nachdem sich der Kongreß dann noch mit einem Gutachten über die Frage der Zulassung von Zahntechnikern beschäftigt hatte und außerdem einige Statutenänderungen vorgenommen waren, erreichte der Kongreß sein Ende. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Tagung ein gutes Stück Arbeit geleistet habe. Der starke Besuch sei durchaus gerechtfertigt gewesen, da mancher Teilnehmer durch die ausgezeichneten Referate neue Anregung erhalten habe. Gleichzeitig sei es ein Beweis für das lebhafteste Interesse, daß man dem Verband entgegenbringt. Mit einem Appell an alle Anwesenden, in ihrer Heimat für das Wachstum des Verbandes zu arbeiten und einem Hoch auf den Gesamtverband, schloß der Vorsitzende die glänzend verlaufene Tagung.

### Bei Philippi sehen wir uns wieder!

Diese Worte rief der damalige Reichskanzler Fürst Bülow im Jahre 1909, als die Konservativen die Erbschaftsteuer ablehnten. Der 27. Juni 1913 ist für die Konservativen der Tag von Philippi geworden. Die Regierung nimmt die Heeres- und Deckungsvorlage aus den Händen der gesamten Linken unter der Mitwirkung des immer geschäftstüchtigen Zentrums entgegen. Verlassen von ihren Bundesgenossen, dem Zentrum, steht die konservative Partei da. Alle, mit wenigen Ausnahmen, sind von ihr abgefallen, die ihr im Jahre 1909 den Fürsten Bülow stützen halfen. Die Vorgänge im Reichstage, die Ablehnung des konservativen Antrages auf die Veredelung der Matrularbeiträge mit 272 gegen 91 Stimmen, die Verwerfung des andern konservativen Antrages auf Ausschaltung des Kindeserbes aus dem Vermögenszuwachssteuergesetz mit 207 gegen 150 Stimmen zeigen, daß auch die Macht dieser Partei eine Grenze hat. Es zieht auch nicht mehr, daß man das rote Gespenst an die Wand malt, und in der „Konj. Kor.“ schreibt: „Für das jetzt in Aussicht genommene Kompromiß, welches nur dem Namen nach ein Kompromiß ist, in der Sache aber unter Billigung und mindestens stillschweigender Mitwirkung der Sozialdemokraten die Einführung einer unmittelbaren Reichssteuer bedeutet, kann die konservative Partei aber die Verantwortung nicht übernehmen diese ruht im wesentlichen auf den verbündeten Regierungen, den Parteien der Linken und dem Zentrum.“

Man kann es ja diesen notleidenden Agrariern nachfühlen, daß ihnen so kurz nach der Jubiläumstfeier gründlich ihre Kurraffirmation verdorben ist. Bei denen gilt noch immer der Spruch „König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Es ist nicht schwer, sich bei jeder Gelegenheit als die opferfertigen Patrioten hinzustellen, indem sie bis jetzt herzlich wenig Opfer gebracht haben, und es immer sehr gut verstanden haben, die Lasten auf die ärmeren Schultern abzuwälzen. Es ist daher seit langen Jahren eine erfreuliche Erscheinung, daß man endlich einmal damit angefangen hat, die ungeheure Belastung des Militäretats auf die stärkeren Schultern zu wälzen.

Schon Fürst Bülow versuchte es auf diesem Wege, wurde aber von diesen sogenannten Stützen von Thron und Altar aus seinem Amte beiseite gedrängt. Man kann nun wohl ohne weiteres annehmen, daß sich nun der ganze Zorn dieser Leute auf den jetzigen Reichskanzler ergießen wird. Das soll uns aber wenig kümmern, die Hauptsache ist und bleibt, daß man endlich etwas mehr Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung genommen hat, die ohne dies schwer genug unter dem Druck der indirekten Steuern zu leiden hat. Wir Arbeiter können diesen Vorgang ganz besonders freudig begrüßen.

### Zur Beendigung des Färberstreiks in Krefeld.

Der Streik der Färber in Krefeld wurde nach 17 wöchentlicher Dauer abgebrochen. Damit ist eine Bewegung beendet die in verschiedener Beziehung für die Arbeiterschaft äußerst lehrreich ist. Den Ausgangspunkt der Bewegung bildete der Ablauf des Tarifs im Dezember v. J. Eine Einigung über den Abschluß eines neuen Tarifs kam aber zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu dieser Zeit nicht zu stande, weil die Zugeständnisse der Arbeitgeber, eine wöchentliche Lohnzulage von 1 Mk., 3jähriger Tarifabschluß, von den Arbeitern als zu gering abgelehnt wurde. Auch eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde nicht zugestanden. Es folgte nun eine tariflose Zeit. Ende Januar d. J. beschloßen die Färberarbeiter, die im Deutschen (Freien) und christlichen Textilarbeiterverband organi-

siert waren, gemeinsam die Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Arbeitgeber zu ersuchen, auf Grund der eingereichten Forderungen sich zu äußern. Die Antwort ließ drei Wochen auf sich warten, dann erhielten die Arbeiter die Mitteilung, daß weitere 50 Pfg. pro Woche für männliche Arbeiter bewilligt seien, aber eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten könne. Die Tarisdauer sollte jedoch um 3/4 Jahr verlängert werden, also bis Dezember 1916. Das entsprach natürlich keineswegs den ursprünglichen Forderungen der Arbeiter, die für gelernte Färber und Hilfsarbeiter eine Lohnhöhung von 2—4 Mk., für Arbeiterinnen 3 Mk., Höherbezahlung der Ueberstunden um 25—40 Pfg. für Färber, Verkürzung der Arbeitszeit um 4 Stunden pro Woche, doppelte Bezahlung der Sonntagsarbeit und 4 Mk. wöchentlicher Zuschlag für Nacharbeit, Unterlassung der Ueberstunden, Regelung der Arbeitszeit, Einführung der Lohnbücher und Ferien, Stägige Kündigung, Festsetzung des Höchstlohnes auf das 23. Lebensjahr für Couleurfärber, vorschahen.

Die in Frage kommenden 2600 Färberarbeiter, welche zu 90 Prozent organisiert, davon über 2000 im Deutschen Textilarbeiterverband und 237 im christlichen Textilarbeiterverband, waren sich mit den Leitungen ihrer Organisationen darin einig, daß die Zugeständnisse nicht befriedigen können, sie reichten deshalb am 21. Februar 1913 die Kündigung ein und traten abends desselben Tages in den Streik. Die Mitglieder unseres Gewerksvereins der Deutschen Textilarbeiter, die in diesen Färbereien tätig waren, ebenfalls die der „Freien Vereinigung“ (Anarcho-sozialistische Richtung) machten die gestellten Forderungen zu den ihrigen und schlossen sich dem Streik an, obgleich die örtlichen Führer der beiden Verbände es nicht für notwendig hielten, die Leitung des Gewerksvereins und die Vereinigung, offiziell zu den Vorbereitungen und Aufstellung der Forderungen heranzuziehen. Auf eine öffentliche Beschwerde gegen dieses unverantwortliche Vorgehen gebrauchte man die Ausrede, daß man nicht gemußt habe, ob überhaupt Mitglieder vom Gewerksverein beteiligt waren. Diese Behauptung steht aber im Widerspruch mit der Tatsache, daß die Bezirksleitung des Gewerksvereins den Beamten des Deutschen und christlichen Verbandes wiederholt von unserer Beteiligung Mitteilung gemacht hat. Der wirkliche Grund der Ausschaltung war jedoch der, daß man dadurch die kleineren Verbände nicht für gleichberechtigt anerkennen wollte. Dies ging klipp und klar hervor aus den Ausführungen des christlichen Lokalbeamten Marquardt in einer öffentlichen Versammlung in Hülz, daß der christliche und der Deutsche Verband sich darin einig war, den Gewerksverein wegen seiner wenigen Mitglieder nicht mit heranzuziehen. Im Uebrigen, erklärte Marquardt, sei sein Verband durchaus nicht darauf veressen, dort wo er wenige Mitglieder an einer Bewegung beteiligt habe, als gleichberechtigt mitzuwirken. Dieses muß für die nächste Zeit festgehalten werden.

Die Färberarbeiter traten demnach geschlossen in den Ausstand. Nach mehreren erfolglosen Verhandlungen wurde den Vertretern der beiden Verbände von den Arbeitgebern am 25. Februar ein Ultimatum zugestellt, sich zu erklären, ob die weiteren Zugeständnisse von 50 Pfg. pro Woche für männliche Arbeiter, für weibliche Arbeiter über 22 Jahre 1 Mark pro Woche und eine Stunde Arbeitszeitverkürzung, sowie 3/4 jährige Tarisdauer angenommen würde, im anderen Falle eine Aussperrung zu erwarten sei. Jedoch diese Zugeständ-

### Wohnungskunst und Möbelbau im Altertum.

Von Dr. H. B. B. B. B.

Die geschichtliche Sage schreibt die Erfindung der Säge dem Talos dem Schmiedekönig des künftigen und bereits mit den verschiedenartigsten Werkzeugen versehenen Talos zu, der die Säge erfinden haben soll, indem er die Zähne eines Schlangenkopfes in Eisen nachschmiedete. Wir wissen nicht, ob die Sage mit dieser Darstellung auf dem richtigen Wege ist, ob der Erfindung der Säge, die für die Naturentwicklung der Menschheit von derselben oder sogar noch um einiges größerer Bedeutung geworden ist, nur die herkömmlichen technischen Erfindungen unserer Zeit, auch die Benützung der Dampfkraft bei der Erfindung und Anwendung der Elektrizität, als ein höherer oder sonstiger Vorgang zugrunde zu legen ist, oder ob die Säge in der That von dem Talos erfunden wurde, wie die Sage behauptet. Die Säge ist ein Werkzeug, das in allen den verschiedenen Stufen der Kulturgeschichte eine wichtige Rolle spielt. Die Säge ist ein Werkzeug, das in allen den verschiedenen Stufen der Kulturgeschichte eine wichtige Rolle spielt. Die Säge ist ein Werkzeug, das in allen den verschiedenen Stufen der Kulturgeschichte eine wichtige Rolle spielt.

schaffend, vermittelst der Säge zerteilte er den Baumstamm in Balken, Pläthe, Bretter, die erst der weiteren technisch und gewerblich höher differenzierten Form der Verarbeitung zugänglich waren, damit die Teilung der Holzbearbeitung in die Gewerbe des Zimmerers, Böngers, Drechslers, Stellmachers, Holzschneiders, Holzstülghauers und ebenso auch des Möbelverfertigers, des Schreiners einleitend, eine Teilung, die freilich Jahraufende zu ihrer Vollendung bedurfte. Mit der Säge begüht die Ära der zahlreichen holzindustriellen Erzeugnisse, die bei allen Völkern und zu allen Zeiten einen so wesentlichen Bestandteil der menschlichen Gebrauchs-, Daseins- und Wohnweise ausmachen, beginnt auch zum ersten Male eine höhere Form der Wohnungseinrichtung durch die Entwicklung des Möbelbaues, dessen konstruktive Grundlage, das Bren, nie anders als durch die Säge gewonnen werden konnte.

Auf einer höheren Stufe finden wir Wohnungsbau und Wohnungseinrichtung zuerst bei den Ägyptern, jenem alten Kulturvolke, dem die Menschheit ja so vieles an technischen und kunstgewerblichen Errungenschaften verdankt. Das ägyptische Wohnhaus war einfach und geschmackvoll, jedoch nicht besonders solide gebaut, da nach der Anschauung der Ägypter das Haus nur die vorübergehende Wohnung, das Grab aber die eigentliche und bleibende Wohnstätte war, aus welchem Grunde sie ihre bereits zu hoher Stufe gelangte architektonische Fertigkeit viel mehr als auf die Wohnhäuser auf ihre Gräber wandten und großartige Grabmäler schufen, die zu den gewaltigsten Bauwerken aller Zeiten gehören und in den vielge-

nannten Pyramiden bis heute erhalten geblieben sind. Form und Einrichtung der Wohnhäuser kennen wir aus Plänen, Reliefs und Wandgemälden der Tempel, und die Anlagen der Straßen der altägyptischen Städte sind heute noch aus den Trümmern derselben ersichtlich. Die Häuser bildeten sehr regelmäßige und gradlinige, jedoch auch sehr enge Straßenzüge, die kaum befahren werden konnten, und hatten zumeist nur ein Geschoß; nur die Häuser in den Städten Theben und Memphis waren zweigeschoßig, wie von mehreren Schriftstellern des Altertums als Beweis der hohen architektonischen Kunstfertigkeit jener Städte mit Betonung hervorgehoben wird. Das ägyptische Haus hatte vor dem Eingange meistens ein Vordach, das auf zwei Säulen ruhte und von Farnen überragt wurde. Auf dem Tursturz war der Name des Besitzers des Hauses, wohl auch ein gastfreundlicher Wunschspruch, eine religiöse Mahnung oder ähnliche Zuschriften verzeichnet, und eine Art umgitterter Vorgarten erstreckte sich längs der Fassade des Hauses und gab diesem einen freundlichen und anheimelnden Eindruck. Durch die Pforte gelangte man in einen Hof mit einem Pavillon, der als Aufenthaltsort fremder Gäste, also etwa als Fremdenzimmer diente. Hinter diesem Vorhof erstreckte sich zumeist noch ein zweiter Hof, an welchem rechts und links die eigentlichen Wohnräume angelegt waren. Wirtschaftshöfe und Gärten umgaben das Haus, das innen wie außen durch bunte Bemalung reich verziert war.

(Fortsetzung folgt.)



nisse befriedigten nicht. Einmütig war man der Meinung, daß eine Lohnerhöhung für weibliche Arbeiter unter 22 Jahren im ersten Tarifjahre um 50 Pfg. und im zweiten Tarifjahre wieder 50 Pfg. pro Woche und für männliche Arbeiter ebenfalls um 50 Pfg. eintreten müsse, sowie eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit im zweiten Tarifjahre um eine Stunde und 3jährige Vertragsdauer. Das waren die Mindestforderungen, an denen festgehalten werden sollte.

Am 4. März tagte nun eine Sitzung der Ausschüsse sämtlicher Textilbetriebe, um zu der angeordneten Aussperrung Stellung zu nehmen. Die Ausschüsse erklärten sich solidarisches mit der Färberbewegung und in einer angenommenen Resolution, die vom christlichen Gauleiter verfaßt wurde, heißt es am Schlusse des ersten Absatzes:

„daß die Organisationen alles daran setzen werden, um zu einem ehrenvollen Abschluß zu kommen, auch wenn die Aussperrung erfolgt. Sie erwarten dann die Hilfe der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands.“

Es kam also in dieser Resolution eine vollständige Einmütigkeit zwischen diesen Verbänden und den gesamten Textilarbeitern dahingehend zum Ausdruck, daß man keinesfalls mit dem Erreichten zufrieden sein kann und gegebenenfalls die Aussperrung auf sich nimmt. Auch unser Gewerbeverein hat in einer Ortsvereins-Konferenz einen dementsprechenden Beschluß gefaßt.

Um jedoch die Aussperrung zu verhindern, wurde von Seiten des Oberbürgermeisters in Krefeld Vermittlung angebahnt, die leider von dem Arbeitgeberverband der Seidenindustriellen abgelehnt wurde. Auch weitere Verhandlungen zwischen den Vorsitzenden der beiden Verbände und dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes führten zu keinem anderen Resultat. Darauf beschloß am 14. März d. J. die im Deutschen Textilarbeiterverband organisierte Färber weiter zu streiken, denen sich auch die christlich organisierten anschlossen. Dadurch war nun auch die Aussperrung perfekt geworden.

Bis zu diesem Zeitpunkt war unter den Führern des Deutschen und christlichen Verbandes eine vollständige Einigkeit zu verzeichnen. Dieses Bild änderte sich aber bedeutend, nachdem am 15. März die Aussperrung von 10 000 Textilarbeitern erfolgte. Die Vertretungen der beiden Verbände hatten am 14. März abends eine gemeinsame Sitzung, in welcher hauptsächlich über die Fortführung des Streiks beraten werden sollte. In dieser Sitzung wollten nun die christlichen Führer, wie sie behaupten, keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie eine Aussperrung wegen der noch ausstehenden Forderungen, nicht auf sich nehmen können. Dieses widerspricht aber der oben angenommenen Resolution. Die Führer des Deutschen Verbandes stellten sich jedoch auf den gegenteiligen Standpunkt. Als nun am 15. März der christliche Verband dem Deutschen Verband noch eine Verhandlung vorschlug, lehnte letzterer ab, weil die Arbeitgeber in den letzten Tagen sämtliche Einigungsverhandlungen zurückgewiesen haben.

Daraufhin ging der christliche Verband nun seine eigenen Wege, löste das Bündnis mit dem Deutschen Verband und nahm eine Einigung mit den Arbeitgebern durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters an, wonach die bisherigen Zugeständnisse akzeptiert und der Tarifabschluß durch eine eventl. tariflose Zeit um 1/4 Jahr verlängert, also auf 4 Jahre ausgedehnt wurde. Diese Vereinbarung wurde dem Deutschen Verband durch den Oberbürgermeister zugesandt mit dem Bemerkten, seine Zustimmung dazu zu geben, da im anderen Falle infolge der kleinen Zahl der christlichen Färber, die Wirksamkeit dieser Abmachung aufgehoben sei. Der Deutsche Verband lehnte aber diese Vereinbarung ab und der Bruderkampf setzte nun mit voller Kraft ein.

Der christliche Verband wollte mit seinem Vorgehen die Aussperrung verhüten, mußte aber trotzdem diese über sich ergehen lassen, weil er mit seinen 237 Färbern gegen die 2000 anders organisierten machtlos war. Ob diese Handlungsweise der Christlichen berechtigt war? Der christliche Verband ist davon ausgegangen, daß das Objekt nicht groß genug sei, um eine Aussperrung zu rechtfertigen, trotz der bekannten Resolution. Was wurde nun gefordert und was erreicht. Die Forderungen sind schon vorstehend wiedergegeben. Erreicht wurde: Für Färber und Hilfsarbeiter bis 1,50 Mark, für Arbeiterinnen über 22 Jahre 1 Mark, unter 22 Jahren nichts, Überbezahlung der Leberstunden 5 Pfg., Arbeitszeitverkürzung eine Stunde pro Woche, Tarifdauer 4 Jahre (anstatt 3 Jahre). Alle anderen Forderungen wurden abgelehnt. Bei der langen Dauer des Tarifs konnten aber die noch ausstehenden Forderungen nicht fallen gelassen werden. Diese waren aber auch nicht so Kleinmütigkeit Natur wie der christliche Verband sie hinstellen beliebte. Nun wurde von christlicher Seite versucht, mit großen Zahlen die Vorteile der Zugeständnisse und die finanziellen Schäden durch die Weiterführung des Kampfes zu beweisen. Gewiß in Streit oder eine Aussperrung ist stets ein zweischneidiges Schwert.

aber dieses gilt auch für die Arbeitgeber. Durch diese Zahlenmanipulation hat aber der christliche Verband den Arbeitgebern das Rückgrat gestärkt und ist den Arbeitern in den Rücken gefallen. Hätten die christlichen Führer mit dem Deutschen Verband genau so einmütig die Aussperrung auf sich genommen, wie sie die Bewegung eingeleitet haben, so wäre unseres Erachtens mehr für die Arbeiterschaft herausgekommen, und man hätte der Arbeiterschaft kein so überaus trauriges Bild von Arbeiterbewegung gezeigt. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß andere Motive für diese Handlungsweise bei den Christlichen maßgebend waren.

Die Selbständigkeit einer Organisation in ihren Handlungen wollen wir nicht antasten, denn dieses Recht hat auch unser Gewerbeverein der Textilarbeiter für sich in Anspruch genommen und durchgeführt. Aber man muß auch in seinen Handlungen konsequent sein. Wenn man sich vordem sozusagen verpflichtet, die Bewegung bis zum Neuesten mit durchzuführen und zieht im gegebenen Zeitpunkt zurück, ohne das eine Aenderung der Verhältnisse dieses rechtfertigt, so ist das nicht mit den Bestrebungen einer Organisation im Einklang zu bringen.

Was nun folgte waren die notwendigen Konsequenzen der Führung des christlichen Textilarbeiterverbandes auf den Weg, den sie beschritten hatte. Aber etwas Rühmliches ist für diese dabei nicht herausgekommen. Nach 2 1/2 wöchentlicher Dauer der Aussperrung wurde durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters auf Wunsch der christlichen Leitung die Aussperrung durch den Arbeitgeberverband aufgehoben. Interessant ist dabei festzustellen, auf welche Art dieser Beschluß zu stande gekommen ist. Am Dienstag, den 1. April d. J. abends, prangte an allen Anschlagtafeln Krefelds ein großes Plakat des Oberbürgermeisters, worin Eingangs gesagt wird, daß am heutigen Tage ein Schreiben des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter eingelaufen sei, folgenden Inhalts:

„Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß die unseren Verband angehörenden Färberarbeiter unter folgenden Voraussetzungen die Arbeit wieder aufzunehmen bereit sind:

- 1. Falls sich das Gericht bestätigen sollte, demzufolge die Färberbesitzer sich nur noch eine bestimmte kurze Frist an die den streikenden Arbeitern gemachten Zugeständnisse gebunden erachten.
- 2. Falls die Aussperrung allgemein aufgehoben wird, d. h. sämtliche Betriebe für alle Arbeiter, die arbeiten wollen, geöffnet werden.“

Daraufhin hat die Generalversammlung der Arbeitgeber an denselben Nachmittag beschlossen, die Betriebe am Donnerstag, den 3. April, vormittags 7 Uhr, zu öffnen.

Hier hat der christliche Verband am Dienstag erklärt, daß seine Mitglieder unter obigen Bedingungen bereit wären, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ein derartiger Beschluß der Mitglieder lag aber am Dienstag noch gar nicht vor, mithin ist der Oberbürgermeister gröblich getäuscht worden. Die Versammlung, welche am Dienstag morgens tagte, war von 176 christlichen Färbern besucht. Bei der Abstimmung, ob die Arbeit aufgenommen werden sollte oder nicht, stimmten 113 gegen die Arbeitsaufnahme und 63 dafür. Dieses Resultat wurde aber in der Versammlung nicht bekannt gegeben, sondern auf wiederholtes Drängen erst den anderen Tag. Warum wohl? Wie konnte aber dem Oberbürgermeister mitgeteilt werden, daß die christlichen Färber die Arbeit aufnehmen wollten, wenn das Gegenteil der Fall war? Am Mittwoch, den 2. April fand dann mittags eine zweite Versammlung statt, wo 177 Färber anwesend waren. In dieser Versammlung wurde die Frage, „ob die Mitglieder mit dem Vorgehen des christlichen Verbandes einverstanden seien“, von 167 Färbern mit ja beantwortet und 10 mit nein. Für die weitere Frage, ob die Arbeit aufgenommen werden soll, stimmten aber nur 95 mit ja, und 59 mit nein. Also auch hier herrschte vollkommene Unklarheit unter den Mitgliedern. Ein Zentralvorstandsmitglied der Christlichen erklärte nun, wer die Arbeit am 3. April aufnimmt, erhält 5 M. Extrazustück, wer aber bis zum 9. April die Arbeit nicht aufgenommen, dem wird die Unterstützung entzogen und aus dem Verband ausgeschlossen.

Aber trotz dieser Versprechungen und den ausgeübten Zwang, fanden sich von den 237 Färbern wenige, die der Verbandsparole folgten. Auch halfen wiederholte öffentliche Aufforderungen und die weitgehendste Gewährung von polizeilichem Schutz nichts. Die meisten Färber traten aus dem christlichen Verband aus und zu anderen Organisationen über oder blieben unorganisiert. Dies war den christlichen Führern sehr unangenehm, konnten sie doch dadurch ihrem Versprechen gegenüber dem Oberbürgermeister nicht nachkommen. Sie verlegten sich deshalb darauf, Streikbrecher aus allen Gegenden heran zu holen und die Betriebe zu besetzen, um die Bewegung kaputt zu machen und ihr Wort einzulösen. Hunderte von Streikbrechern wurden aus dem W. Gladbacher Kreis nach Krefeld geschickt, direkte Vermittler dazu angestellt,

und die Arbeitslosen durch Androhung der Entziehung ihrer Arbeitslosenunterstützung nach dort gesandt. So gar christliche organisierte Färber aus Greiz wurden eingestellt, die in ihrer Heimat feste Arbeit hatten und die sich noch auf öffentlichen Versammlung prahlten, mit Bewußtsein Arbeitswilligendienste zu tun. Dazu kamen noch Hunderte von den Hamburger Hinzugehörigen, die von den Arbeitgebern angeworben worden, zweifelhafte Existenzen, deren Benehmen und die Erfahrungen der Arbeitgeber damit, ein Kapitel für sich bildet.

Mit einigen Ausnahmen standen die Färber des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, sowie die Färber unseres Gewerbevereins und der Freien Vereinigung fest bis zuletzt im Kampf. Es trifft auch nicht zu, daß Färber vom Gewerbeverein die Arbeit aufgenommen hätten, wie in christlichen Kreisen behauptet wird.

Allerdings wäre es wohl taktischer richtiger und erfolgversprechender gewesen, wenn der Deutsche Textilarbeiterverband frühzeitig die Färber an den Orten, wo Streikarbeit gemacht wurde, wie in Elberfeld, Basel usw. herausgezogen hätte, und nicht erst, nachdem die Streikbrecher über 1000 zählten und einigermaßen eingearbeitet waren. Die Arbeitgeber hätten dadurch dem größeren Druck weichen müssen. Dieser Fehler hat sich unseres Erachtens gerächt. Die Bewegung kam auf einen toten Punkt, Vermittlung jeder Art wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, die Belastung des Deutschen Verbandes nahm mit jedem Tag einen größeren Umfang an und so mußte die Bewegung abgebrochen werden, die so verheißungsvoll begann.

Unter Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter hatte in anbeacht der Verhältnisse seine Stellungnahme von vornherein dahin festgelegt, daß er die Forderungen der Färber für berechtigt anerkannte und daraus auch die Konsequenzen zog. Wenn nun jetzt der christliche Verband dem Gewerbeverein vorwirft, er wolle im Frühen fischen und wäre ein Anhänger des Deutschen Textilarbeiterverbandes, so läßt uns das kalt, denn der Gewerbeverein der Textilarbeiter hat bei seiner Entscheidung keinerlei Rücksicht genommen auf den Deutschen oder christlichen Verband, sondern für ihm war die Bewegung der Färber als solche maßgebend. Wenn aber der christliche Verband glaubte, den Gewerbeverein auf dieser oder jener Seite zu sehen, so hat er sich getäuscht, denn auch wir wissen, was wir unserer Selbständigkeit schuldig sind.

Wir haben abstillig während der Bewegung uns nicht mit dem Streit der beiden Verbände beschäftigt, um das Kampffeld nicht unnötig zu vergrößern und die Zerrissenheit der Arbeiterschaft zu erweitern. Haben es aber lebhaft im Interesse der Arbeiterschaft bedauert, daß ein derartiger, niedriger und ekelregender Bruderkampf eingetreten ist, denn dadurch schwindet das Vertrauen zu den Organisationen, anstattes gestärkt wird und die lachenden Dritten sind die Arbeitgeber. Es war dies eine Bewegung, wie sie nicht sein soll, und der aufmerksame Arbeiter kann aus den einzelnen Phasen derselben viel für die Zukunft lernen.

## ■ Rundschau. ■

Eine Neuregelung der Steuerleistung bei Arbeitslosigkeit ist demnächst zu erwarten, wenn die durch die Presse gehenden Notizen zutreffend sind. Im Gegensatz zu anderen arbeitslosen Steuerpflichtigen mußten bisher gewerbliche Arbeiter erst den Nachweis erbringen, daß sie zehn Wochen arbeitslos gewesen waren, um einen Steuernachlaß zu erzielen. Die Frage soll künftig für alle Steuerzahler einheitlich in der Weise geordnet werden, daß der Steuernachlaß, der bei gewerblichen Arbeitern im günstigsten Falle erst nach vier Monaten eintrat, in Zukunft sofort eintritt. Wird der Nachweis erbracht, daß innerhalb des Steuerjahres infolge Fortfalls einer Verdienstquelle oder durch Arbeitslosigkeit oder außergewöhnliche Unglücksfälle das veranlagte Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen sich um mehr als den fünften Teil verringert hat, so kann vom Beginn des Monats ab, der auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgt, für das betreffende Steuerjahr eine dem noch verbliebenen Jahreseinkommen entsprechende Ermäßigung des Einkommensteuerjahres verlangt werden.

Gegenwärtig kann wie gesagt diese Ermäßigung bei allen Steuerpflichtigen, nur nicht bei gewerblichen Arbeitern, eintreten, sodaß diese naturgemäß benachteiligt waren. Von diesem Gesichtspunkte aus bedeutet die geplante Neuregelung einen Fortschritt. Näheres wird sich darüber sagen lassen, wenn die endgültige Fassung der geplanten Reform vorliegt.



Die Neutralität der freien Gewerkschaften kennzeichnet sich wiederum durch einen Fragebogen, der von dem Gewerkschaftsamt zu Lübeck verfaßt worden ist. Derselbe enthält folgenden Wortlaut:

Name:
Gewerkschaft:
Wohnung:
Welche Zeitung halten Sie?
Sind Sie Mitglied des Sozialdemof. Vereins?
Um gewissenhafte Beantwortung vorstehender Fragen wird dringend gebeten.

Das Gewerkschaftsamt. Und da will man noch immer nicht zugeben, daß freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie eins sind.

Söderer Blödsinn! Die „Einigkeit“, das Organ der lutherischen Gewerkschaften, schreibt in ihrer Nr. 20 von 1913 unter dem Titel: „Was kostet das Pfund Unfallfleisch?“ folgendes:

„Für die 2,12 Milliarden (Unfallenschädigung) kauften sich die Reichen Arbeiterfleisch von genau 10799997 Proleten. Nimmt man unter Berücksichtigung der verletzten und getöteten Jugendlichen und Frauen für jeden Unfall 120 Pfund Körpergewicht an, dann kostet den Reichen das Pfund verunglücktes Arbeiterfleisch 164 Pfennige. Ob die antiken Sklavenhalter ihre menschlichen Arbeitstiere so billig verschleihen durften?“

Ob denn der Schreiber des Artikels wirklich nicht weiß, was er seinen Lesern für hinverbranntes Zeug vorsetzt mit solchen Ausführungen? Uns tun die leid, die eine solche Kost vorgesetzt bekommen mit der Begründung, daß das zur Hebung der Bildung sei.

Die Befriedigung der organisierten christlichen Arbeiter. Ueber eine Generalversammlung des Augustinusvereins, die kürzlich in Köln stattfand, brachte die Rheinisch-Westfälische Zeitung einen interessanten Bericht. Es handelte sich auf dieser Tagung um die Werbung der Mittelstandskreise zugunsten des Zentrums. Die Sache ging jedoch nicht so glatt ab, da in der Diskussion dem Zentrum der Vorwurf gemacht wurde, daß es die Interessen des Mittelstandes nicht genügend wahrnehme. Als ein Diskussionsredner seine Verwunderung über die Zufriedenheit der Arbeiter im Gegensatz der Mittelständler mit dem Zentrum zum Ausdruck brachte, gab Stegerwald darüber folgende Aufklärung:

„Die verhältnismäßige Zufriedenheit der christlichen Arbeiterschaft habe nicht etwa, wie ange deutet worden sei, ihren Grund in einer völligen Befriedigung ihrer berechtigten Forderungen, vielmehr habe die christliche Arbeiterschaft speziell auch an die Zentrumspartei noch eine lange Reihe von dringlichen Wünschen; die vorläufig abwartende, ruhige Haltung der organisierten christlichen Arbeiterschaft sei hauptsächlich das Verdienst der Führer, die mit voller Abhängigkeit namentlich seit dem Finanzreformstreit in der Zeit des Wäldoblocks mit aller Kraft und mit allem Geschick „gebremst“ hätten; die Lebenshaltung der Arbeiterschaft im allgemeinen habe sich trotz der aufsteigenden Bewegung der Löhne wesentlich verschlechtert infolge der ganz unverhältnismäßigen Teuerung. Da sollten sich also die Führer des Mittelstandes an den christlichen Arbeiterführern ein Beispiel nehmen.“

Also nicht befriedigt, sondern mit der Bremse der Führer werden die christlich-organisierten Arbeiter feilschäftig. Dieses Eingehändnis dürfte auch für andere Kollegen in der Agitation gute Dienste leisten.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Erteilte Patente:

- Nr. 34i. 262 124. Schreibfisch. Fernando Bianchi u. Reche, Madrid. Angem. 30. 8. 12.
Nr. 68a. 262 067. Möbelschloß mit Schnappriegeln. D. La. Porto Söhne, Warmen. Angem. 16. 3. 12.
Nr. 34i. 557 028. Ausziehtisch. Carl Friedr. Wilh. Meinel, Hamburg. Angem. 27. 5. 13.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 34i. 557 231. Schreibfisch mit geteiltem, ausziehbarem Fachteil. Emil Halbritter, Gehren i. Thür. Angem. 15. 5. 13.
Nr. 34i. 557 258. Metallbeschlag für Stuhlbeine, Tischbeine oder dergl. Arthur E. Sander, Chicago. Angem. 26. 5. 13.
Nr. 38c. 557 253. Vorrichtung zur Herstellung von Behrungen an Türrahmen und dergl. Hans Jöcker, Elberfeld. Angem. 23. 5. 13.

Aus den Ortsvereinen.

Großenhain. Wie bereits gemeldet, wurde der bestehende Vertrag bei der Firma Kirchner zum 1. April gekündigt, und später dementsprechende neue Forderungen eingereicht. Letztere waren in der Hauptsache so gehalten, daß eine Angleberung an den Dresdener Tarif vorgesehen war. Es war uns leider nicht möglich, die Forderungen in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, da verschiedene Umstände in den Verhältnissen dieser Fabrik dies nicht zuließen. Immerhin gelang es nach längeren, schwierigen Verhandlungen, einen Vertrag auf drei Jahre abzuschließen, der gegenüber dem alten Vertrag doch wesentliche Vorteile für die Kollegen des Betriebes bringt. So ist eine Arbeitsverlängerung von 2 1/2 Stunden in den drei Jahren vorgesehen. Dazu kommt eine Lohnerhöhung von 7 Pfg. und eine Erhöhung der Akkordpreise von 10-15 Prozent, durchschnittlich von 20 Prozent. Trotz dieser Erhöhung bleiben die Akkordpreise gegenüber anderen Baubetrieben in der Umgegend von Dresden zurück, doch ließ sich augenblicklich nicht mehr heraus schlagen. Besonders erschwert wurden die Verhandlungen, daß der alte Vertrag alles andere, aber kein Vertrag zu nennen sei, da derselbe unter besonders schwierigen Verhältnissen zustande gekommen war. Der neue Vertrag bietet daher eine Grundlage, auf den sich für spätere Zeit weiter aufbauen läßt. An den Kollegen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß das Neuergebnis in jeder Hinsicht inne gehalten wird, und die vor uns liegende Zeit dahin auszunützen, daß auch der letzte Mann organisiert wird. Der Wert der Organisation ist durch diesen Vertragsabschluß doch jedem trefflich vor Augen geführt worden.

Kempten. Am Samstag, den 21. Juni, hielt unser Ortsverein gleich nach Geschäfts schluß seine Monatsversammlung ab. Die nötig gewordene Wahl eines Schriftführers ergab, daß Kollege Baumann gewählt wurde. Alsdann hielt uns unser Bezirksleiter Barnholt aus Ulm einen Vortrag über: „Volkshilfe und Volksversicherung“, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde und den Mitgliedern manche Aufklärung gab, auch über den Ausbau unserer Begräbniskasse. Unter Verschiedenes wurde noch manche agitatorische und organisatorische Frage besprochen und die Mitglieder zu reger Werberarbeit aufgefordert. — Kollegen, beherzigt diese Mahnung und tretet für eine Stärkung unseres Ortsvereins ein. L. Heinlein.

An alle Ortsverbände und Ortsvereine!

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, erläßt nachstehende Bekanntmachung:

In Nr. 43 des „Gewerksverein“ wiesen wir auf die Tagung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte am 18., 19. und 20. September in Leipzig hin. Diese Tagung wird sich hauptsächlich mit der Frage des Arbeitsvertrages und der Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts beschäftigen. In Berücksichtigung unserer Stellung zum Arbeitsrecht ist dies eine für die Gewerksvereine überaus wichtige Tagung. An unsere Kollegen, die als Beisitzer an Gewerbegerichten fungieren, richten wir daher die dringende Bitte, die betreffenden Gewerbegerichte zur Entsendung von Vertretern anzuregen und die Uebernahme der Kosten für diese Entsendung zu beantragen. Wo Kollegen nicht entsandt werden, müssen Ortsverbände oder Ortsvereine den Versuch machen, für einen Gewerbegerichtsbeisitzer aus unsern Kreisen die Kosten selbst aufzubringen.

Die Adressen der Teilnehmer an den Verhandlungen sind dem geschäftsführenden Ausschuß mitzuteilen, damit wir uns mit diesen Kollegen in Verbindung setzen können.

Auch an die Bezirksbeamten und Agitationsleiter richten wir das dringende Ersuchen, im Sinne obiger Bekanntmachung in den Ortsvereinen zu wirken.

Mit kollegialem Gruß

Der geschäftsführende Ausschuß: F. Neustedt, Verb.-Sekretär.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Apolda (Apollawerke), Hainau (Firma A. Friedrich).

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonntag, den 5. Juli 1913: Bezirk Nord und Bautzschler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Bollschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Bietow, Goethestr. 59, Bezirksvers.

Sonntag, den 12. Juli 1913: Bezirk Ost und Möbelhändler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Modell- u. Fabrikarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Jahlabend. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenpark, Schlößstr. 66, Bezirksversammlung. — Sonntag, den 13. Juli, Familienausflug nach Schlachtensee. Treffpunkt vorm. 9 Uhr Neue Fischerhütte, Schlachtensee.

Donnerstag, den 17. Juli 1913: Bezirk Nord. Abends 8 1/2 Uhr, Frauenträuerversammlung bei Mattausch, Brunnenstr. 143.

Sonntag, den 17. Juli 1913: Einfeser. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurzstr. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung.

Sonntag, den 19. Juli, findet die diesjährige Mondsfahrt des Ortsv. Berlin nach Schmetterlingshorst statt. Abfahrt pünktlich 9 1/2 Uhr abends von der Jannowstr. (Nederei Mobiling). Da der etwaige Ueberzuzug hilfsbedürftigen Kollegen zu gute kommen soll, so wird eine rege Beteiligung der Kollegen mit ihren Familien, Freunden und Bekannten erwartet. Billig ist bei allen Bezirkskassierern zu haben, und es wird erjucht, sich rechtzeitig damit zu versehen.

Die Verwaltung

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Blattes gegenüber nicht verantwortlich.

Wie entzückend! werden alle ausrufen, die den soeben neu erschienenen Prospekt des modernen, als streng und bekannten Versandgeschäftes Jonaß & Co., zu sehen bekommen. Es ist auch eine wahre Freude, ihn durchzublättern. Die edelsten Sachen sind darin angeführt, wie Uhren, Schmuck, Schmuckkästen, photographische Apparate, Musikinstrumente, Gramophone, Geldkassen und Luxusartikel aller Art. Daraus zu wählen werden in gediegener Ausführung auf Wunsch gegen bar oder Monatsraten geliefert. Mit welcher enormen Arbeit die Firma zu tun hat, beweist allein schon der riesige Katalog, der für alljährlich auf 2000 Stück besteht, und der Verkauf in verschiedenen, der im letzten Jahre laufende 200000 Stück und 12 zweihunderttausend Schallplatten betrug. — Aber nicht genug kann sich jeder Leser unserer Zeitung aus dem neu erschienenen Prospekt holen, dessen Befriedigung erfolgt an dem Jonaß & Co. auf Wunsch sofort und ohne Kosten durch die Firma Jonaß & Co. Berlin, Friedrichstraße 21.

Ortsverein Neufölln.

Sonntag, den 5. Juli 1913, 5. Kamer. Hermannstr. 199.

Jahlabend.

Der Ausschuß.

Mehrere tüchtige

Pianofortearbeiter

werden gesucht.

Meldungen unter Angabe der Bachnummer an die Exped. der „Eiche“.

Eisenach (Ortsverband), Garten 3. Kassierer Edmund Hartmann, Bismarckstr. 10.

Arbeitersekretariat Hamburg.

Marcusstr. 18, Teleph. Gruppe 6, 9715 Das Sekretariat Hamburg richtet an alle nach Hamburg reisenden Gewerksvereinskollegen das dringende Ersuchen, nach der Ankunft in Hamburg das Sekretariat sofort aufzusuchen. Es liegt dieses im eigenen Interesse der Kollegen. Die Geschäftsstunden sind von 11-1 1/2 und von 4-7 Uhr, Mittwochs bis 8 Uhr. Sonntags bleibt das Sekretariat geschlossen.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks

befindet sich Breslau, Neumarkt 34. — Die Vorstände der Ortsvereine werden erjucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden. Die Bezirksleitung.

Ortsverein Aushach.

Eingeretener Hindernisse halber sehen wir uns veranlaßt, sämtliche Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß das Gartenfest nicht am 13., sondern erst am 20. Juli stattfinden kann.

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Holzarbeiter zu Spandau

befindet sich Moltkestraße 6, „Kleiner zum Türschloß Platz“. Fernsprecher Nr. 659.

Nachruf.

Am 25. Juni starb nach langem, in Geduld getragenen Leiden unser lieber Kollege, der Tischler

Theodor Krüger

im 40. Lebensjahre.

Er war ein eifriger Versammlungsbefucher, und wenn es galt, für die Interessen der Kollegen und das Ansehen seiner Organisation einzutreten, dann stand er stets in der ersten Reihe der kämpfenden Kollegen.

Ein ehrendes Andenken werden wir ihm stets bewahren.

Der Ortsverein Bromberg Carl Fiedler, Vorsitzender.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

Die Zigarren sind von der Firma Jonaß & Co. Berlin, Friedrichstraße 21, hergestellt. Sie sind von der besten Qualität und werden in großer Anzahl für den Export nach allen Weltteilen versandt.